

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth),
Hans-Michael Goldmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/12731 –**

**Arbeitsplätze im Transportgewerbe sichern – Mauterhöhung bis Ende 2009
aussetzen**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Mauterhöhung bis zum Ende des Jahres 2009 auszusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der der CSU angehörenden Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/12731 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2009

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Uwe Beckmeyer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Uwe Beckmeyer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/12731** in seiner 222. Sitzung am 14. Mai 2009 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Mauterhöhung bis zum Ende des Jahres 2009 auszusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/12731 in seiner 136. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, dass dem Straßengüterverkehrsgewerbe geholfen werden müsse. Unter Hinweis auf die Ausführungen der Fraktion der SPD erklärte sie aber, dass sie den Antrag der Fraktion der FDP ablehne.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, die Maßnahmen, welche der Antrag vorschläge, würden dem Straßengü-

terverkehrsgewerbe nicht helfen. Die Koalition habe hingegen im Rahmen der Mautharmonisierung Maßnahmen ergriffen, welche tatsächlich auch dem einzelnen Unternehmen zu Gute kämen. Auch das Kurzarbeitergeld helfe dem Verkehrsgewerbe. Prüfen müsse man noch einmal den Zeitpunkt, zu dem die Mautzahlungen fällig würden, denn die zahlungspflichtigen Unternehmen müssten kurzfristig zahlen, während sie von ihren Kunden unter Umständen erst nach mehreren Monaten Geld erhielten.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, dass das Straßengüterverkehrsgewerbe die Maut für die verladene Wirtschaft faktisch zwischenfinanzieren müsse. Die verladene Wirtschaft zahle den Transportunternehmen in der Regel auch nur ein Entgelt, welches die für Fahrzeuge der Euro-5-Norm fällig werdende Maut berücksichtige, so dass Unternehmen, die Fahrzeuge einsetzen, die nur der Euro-3-Norm entsprächen, die Differenz selbst tragen müssten. Die Umsetzung ihres Antrags könne den Unternehmen zumindest etwas mehr Luft verschaffen. Es gehe hier um eine angemessene Reaktion der Politik auf eine besonders schwere Situation in einem besonders betroffenen Gewerbebereich.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekundete, sie sehe die Nöte kleinerer und mittlerer Spediteure mit großer Sorge. Neben der Mauterhöhung und der Wirtschaftskrise seien diese Probleme auch auf die Freigabe der Kabotage zum 1. Mai 2009 zurückzuführen. Da die Mauterhöhung nur einen kleinen Teil des Problems darstelle, beseitige ein Aussetzen der Mauterhöhung die Probleme nicht. Um den Unternehmen über die Krise zu helfen, sei mehr nötig als das, was in dem Antrag gefordert werde. Der beste Weg seien direkte finanzielle Hilfen für kleine und mittelständische Spediteure, damit diese die Krise überstehen könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, man könne nicht, wie die Fraktion der FDP, regelmäßig mehr Geld für den Straßenbau fordern und eine Reduzierung der Schulden verlangen, auf der anderen Seite aber die Maut absenken wollen. Das sei in sich nicht stimmig. Für die aktuellen Schwierigkeiten der Branche sei nicht die Mauterhöhung ursächlich, sondern die Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie lehne den Antrag daher ab.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfahl mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der der CSU angehörenden Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 16. September 2009

Uwe Beckmeyer
Berichtersteller

